

Prof. Dr. Peter Steinbach

Zeitgeschichte: Herausforderung oder Kampfplatz? Torgau als Beispiel

Festrede zur Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Mut und Ohnmacht“ des Erinnerungsortes Torgau am 22. August 2024

Ich freue mich, dass ich mich an der Eröffnung des in „Erinnerungsort Torgau“ umbenannten ehemaligen „Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Torgau“ beteiligen darf. „Festvortrag“, das klingt nach mindestens 45 Minuten Redezeit. Ich werde kürzer sein.

Ich möchte heute die **Gelegenheit nutzen, mit einigen gedenk- und erinnerungspolitischen Bemerkungen über den nicht immer konfliktfreien Entstehungsprozess dieses Ortes und seiner Ausstellungen die geschichtspolitische Besonderheit dieses Ortes bewusst zu machen.**

Diese Debatten bleiben belastend und haben zum Austritt eines Beiratsmitglieds geführt, der von einer Organisation nominiert worden war, die sich der Erinnerung an politisch motivierte Desertion verpflichtet fühlt.

Debatten – sie sind in einer pluralistischen Gesellschaft so unausweichlich wie die nicht immer auflösbaren Widersprüche.

Beiräte erklären sich aus dem Wunsch, beratend bürgerschaftliche Beteiligung zu ermöglichen. **Bürgerschaftliche Beteiligung hat die Vielfalt der Deutungen präsentieren, nicht aber, Deutungs-, Interpretations- und Sachkonflikte durch eine durch Protest oder Austritt durchgesetzte Alternativlosigkeit zu lösen. Kommunikation über unterschiedliche Überzeugungen ist eine wesentliche Funktion der Beiräte. Deshalb sollte kein Beiratsmitglied versuchen, bestimmte Deutungen und Geschichtsbilder durchzusetzen und so das von Aleida Assmann konstatierte „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ zu befördern.**

Widersprüche erklären sich aus dem Ort selbst, der im NS-Staat, in der „Wolfszeit“ der Jahre 1945 bis 1949 und in der DDR – auch durch den „Jugendwerkhof“ – eine menschenrechtsverletzende und menschenverachtende Funktion hatte. Diese Schändung von Menschen stellt die Verbindung zwischen den Themen dar, die im Erinnerungsort Torgau angesprochen werden.

Diese Widersprüche erklären sich vielleicht, ich zitiere hier Petrarca, „aus den inneren Gegensätzen der Menschen zweier Zeitalter“, aus der Abwehr von Gleichsetzungen wie „rechts gleich links“, aus der Ablehnung der Totalitarismustheorie, aus weltanschaulichen Differenzen. Dabei

schaft der Maßstab Phänomene, das wissen wir von dem komparatistischen Religionsforscher Eliade. Widersprüche, die diskutiert werden, aber nicht zur Blockade führen müssen, stoßen immer aufeinander. Sie erklären sich aus Systembezügen, aus Loyalitäten, aus Grundüberzeugungen. **Sie spiegeln die Erfahrung mit unterschiedlichen Systemen und so mit der deutschen Geschichte und ihren Diktaturen.** Schon Petrarca störte der Mangel an Übereinstimmung der Geschichtsschreibung, wir bewerten historische Konflikte hingegen viel positiver.

Gerade wegen der doppelten deutschen Zeitgeschichte ist es notwendig, die Ausstellungsarbeit nicht zum Kampfplatz zu machen. Kampf setzt auf Sieg, Pluralismus auf Ausgleich. Und letztlich geht es um unsere heutige Gesellschaft. Kann es einen Sieg im symbolischen Konflikt um Deutungen der Geschichte in einer pluralistischen Gesellschaft überhaupt geben? Eine autokratisch gleichgerichtete Gesellschaft erträgt keine Vielfalt, erklärt Geschichte auf eine Weise, die sie zur Ideologie macht. In einer Gesellschaft, die sich zur Meinungsfreiheit und damit zur Meinungsvielfalt bekennt, ist das nicht denkbar. **Historische Deutungskonflikte bleiben unvermeidlich, wenn es um Vergangenheit geht.** Deshalb zählt die Geschichtswissenschaft nicht nur zur besonders streitbaren Zunft. Geschichtskontroversen sind Ausdruck wissenschaftlicher Freiheit, sie schließt die Meinungsfreiheit, immer auch die Freiheit der Meinung des anderen, ein.

In geschichtspolitischen Konflikten geht es dabei nicht immer um historische Wahrheit oder Wahrhaftigkeit, sondern um Deutungshoheit, um die Prägung des Geschichtsbildes im Kopf der Zeitgenossen. Das erklärt manche vehement ausgetragenen Konflikte, die immer auch eine politische Dimension haben. Geschichte bleibt eben auch eine politische Wissenschaft. Das bedeutet nicht, dass sie sich nicht um vielfältige Erklärungen, um die Komplexität der Erinnerung bemüht. **Geschichtswissenschaft kann mit historischer Vielschichtigkeit, mit der Komplexität vieler Kausalitäten und Faktoren nur dann klar kommen, wenn sie sich von der Vorstellung absoluter Gewissheit löst.** Vielleicht ist gerade dies wichtig, um die gesellschaftspolitische und politisch-pädagogische Funktion von Geschichtsbewusstsein zu verstehen. Wer Exaktheit liebt, wird auch den Reiz des Möglichen, des Abwägens und Gewichtens umso mehr schätzen, als es im Historischen keine Eindeutigkeit geben kann – und geben darf!

Dennoch gibt es Grenzen des Disputs. Letztlich muss sich jede Interpretation der Vetomacht von Quellen und Gegenmeinungen stellen, muss aber auch nach den Folgen von Auseinandersetzungen um Deutungen fragen.

Unter dem Einfluss konstruktivistischer Theorien hat sich der Eindruck verbreitet, Geschichte sei verhandelbar. Dies hat allerdings Grenzen, etwa durch die Menschenrechte. Kontroverse Wahrnehmungen der Geschichte sind diskursiv aufzulösen, denn Fakten bleiben ein Maßstab und ermöglichen eine Verständigung über Tatsachen. **Wahrnehmungen, Meinungen, Deutungen sind vermittelbar. Sie verlangen nach Kommunikation**, sie laden dazu ein, die Welt nicht nur mit den eigenen, sondern auch mit den Augen anderer zu sehen. Diese Forderung mutierte unter dem Einfluss der globalhistorischen Öffnung zur Akzeptanz historischer Relativierungen und einer Tolerierung unterschiedlicher Geschichtsbilder. **Aushandelbarkeit hat Grenzen**, die nicht nur durch die Verpflichtung zur wissenschaftlichen Wahrhaftigkeit, sondern auch durch die Verfassung und die Grundrechte, durch Gewissens-, Meinungs- und Forschungsfreiheit bedingt sind. In der politischen Bildung gilt das sogenannte Beutelsbacher Gebot, nicht zu überwältigen, eigenständiges Urteil zu ermöglichen, sich zu informieren, Lebensbezüge zu berücksichtigen. Geschichte bleibt also das, was war.

If-History, das Spiel mit dem „was wäre wenn“, den „Roads not taken“ ist ein reizvolles Unterfangen, aber es bleibt ein Glasperlenspiel. Vergangenheit ist nicht zu verändern, im Unterschied zur Zukunft, die durch gegenwärtige Entscheidungen und Weichenstellung bedingt wird.

Es gehört zu den Binsen von Gedenkreden, die Herkunft und Zukunft in der Weise zu verschränken, dass man sich einredet, es gäbe keine Zukunft ohne Kenntnis der Vergangenheit. Bekräftigt wird das im Hier und Jetzt, in der Gegenwart. Diese wird durch ideologische Bedürfnisse und auch durch geschichtspolitische Interessen geprägt. Sie müssen durchschaut und selbstkritisch analysiert werden. **Denn der Streit um die Geschichte ist immer der Streit der beiden Kämpfenden und der Kampf selbst**, wie Otto Vossler unter Berufung auf Hegel sagte.

In einer pluralistischen Gesellschaft muss Geschichtsbewusstsein nicht nur vielfältig sein. Weil Geschichte politisch instrumentalisiert wird, weil historische Argumente als Schlagworte dienen, müssen die durchschaut werden, die sie produzieren, die die Vergangenheit emotionalisieren und sie im symbolischen politischen Konflikt instrumentalisieren. Historischer Aufklärungswille lässt sich nur durch thematische Inklusion, nicht durch Exklusion schulen. Gedenkstätten haben sich politischer Instrumentalisierung zu widersetzen, sie produzieren nicht das Geschichtsbild der Sieger der Geschichte, sondern auch der unterlegenen Opfer, derjenigen, die Macht, Unrecht und Willkür ausgeliefert waren. Ihr Anspruch muss sein, Geschichte als Ergebnis von denkbar vielen Möglichkeiten des Menschen und seiner Geschichte zu deuten.

Die deutsche Geschichte ist durch Umbrüche und Gegensätze geprägt, durch Revolutionen, Kriege und Niederlagen, Besatzungszeiten, den Zerfall des Konsenses. Jeder Wechsel veränderte Perspektiven. Insofern ist es unvermeidlich, dass die deutsche Zeitgeschichte politische und weltanschauliche Kontroversen entfachen kann. Umstritten blieben die Novemberrevolution, die Verantwortung für das Scheitern der Weimarer Republik, die Struktur des NS-Staates, die Restauration nach 1945 oder die Einschätzung der Stalin-Note. Jeder von uns hat seine Meinung zu historischen Zäsuren, zum Zeitenwechsel. **Meinung**, sage ich, denn historische Bewertungen sind oft Ergebnis von Emotionen, von Vorurteilen, von Bauchgefühl.

Deshalb sind auch Gedenkstätten immer Ort von Kontroversen. Jede Zeit- und Gegenwartsgeschichte muss umstritten sein. Barbara Tuchman definierte Zeitgeschichte als Vergangenheit, die noch qualme und brenne, weil sie sich mit der Gegenwart, mit den Emotionen und Leidenschaften der gegenwärtigen Generationen verbinde.

Emotionen entfachen nicht nur Leidenschaftlichkeit. Sie münden oft in leidenschaftliche Beserwisserei und Rechthaberei, als ginge es nicht um Vergangenheitssichten, sondern um Lebensfragen. Gedenkstätten wenden sich gegen die oft von Politikern betonte Vorstellung, durch die Konfrontation mit dem Schrecken in Gedenkstätten ließen sich Weltsicht, Weltverständnis und Weltanschauung etwa Jugendlicher prägen, würden etwa Rechtsextremisten zu Demokraten. Das greift gewiss zu kurz. Gerade deshalb ist es notwendig, den Eindruck historischer Indoktrination zu vermeiden und entsprechenden Zumutungen entgegenzutreten. Art. 5 Abs. 3 gilt auch für Gedenkstätten! Das betrifft die staatliche Aufsicht ebenso wie die Mehrheitsbildung in Beiräten.

Oft ist es nur ein kleiner Schritt zu einem historischen Totalitarismus, zu einem Deutungsimperialismus, der in Widerspruch mit dem Geschichtsverständnis der Angehörigen einer pluralistischen Demokratie steht. Gedenkstätten dürfen nicht dazu dienen, einen weltanschaulichen Führungsanspruch durchzusetzen, denn wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gelernt, dass **es sogar einen totalitären Anti-Totalitarismus** (Otto Heinrich von der Gablentz) **gibt**. Gedenkstätten konditionieren nicht. Sie haben die Aufgabe, die Unabhängigkeit der historisch-politischen Urteilskraft zu sichern, den Umgang mit kontroversen Narrativen zu fördern.

So leisten sie ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhang. Denn Zeitgeschichte ist mehr als die Geschichte der lebenden Generationen. Würde dies zutreffen, könnte es sich im

besten Fall um Generationen verbindende Narrative handeln, um eine uns noch sehr nahe Geschichte, die unterschiedliche Erfahrungen und Einsichten, Lebensgeschichte und Hoffnungen verbinden könnte.

Vielleicht hatte Hans Rothfels diese Brückenfunktion der Zeitgeschichte im Sinn, als er sie 1953 als Erfahrungsrahmen seiner Generation bestimmte. Rothfels stand ganz unter dem Eindruck des Scheiterns der Weimarer Republik, ihrer Zerstörung durch radikale Kräfte und der so problemlosen Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur.

Sein Kollege Friedrich Meinecke deutete die Geschichte des 20. Jahrhundert als „deutsche Katastrophe“. Er beschrieb die NS-Zeit vom Ende her, im Bewusstsein des Zivilisationsbruchs.

Einer anderen Generation gehörte dann Reinhard Koselleck an. Er fügte Erwartungen und Erfahrungen zusammen, sprach von Horizonten der Wahrnehmungen und Beurteilungen. Er konzipierte **so Zeitgeschichte neu. Als analytisch-selbstkritische Wahrnehmungsgeschichte, die Ziele bewusst macht.**

Was aber bedeutet das für die Gedenkstätten? Gewiss nicht, dass sich die hier betriebene Geschichte durch antiquarische und dokumentarische Ansätze rechtfertigen muss. Gewiss aber auch nicht, dass an den Gedenkstätten die Auseinandersetzung mit umstrittenen Geschichtsbildern erschwert oder verhindert wird, weil eine Intention oder eine Sicht, die in Beiräten kontrovers diskutiert wurde, als alternativlose Deutung durchgesetzt werden soll. **Erinnerungsorte haben einen Bildungsanspruch, d.h. sie sollen verlässlich informieren, Kritik und Pietät verbinden, Selbstreflexionen anregen, Kontroversen nicht nur aufgreifen, sondern bearbeiten.**

Meinungsfreiheit gilt auch in Gedenkstätten, allerdings mit dem der Entscheidung für Rede- und Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz, gegen inhumanes Geschichtsbewusstsein. Verbrechen sind kein „Fliegenschiss der Geschichte“, Gedenkstätten veranlassen kritische Fragen an die Gesellschaft, an deren Wahrnehmungssystem. Hinsehen, wahrnehmen, Konsequenzen ziehen, das ist ein Ziel einer historisch-politischen Bildung. Es geht um die Sensibilisierung für Unrecht, das sich vor aller Augen abspielte und – eben weiter abspielt. Geschichte war nicht, sie ist, sagte Adorno.

Damit sind wir bei der Auseinandersetzung mit dem Reichskriegsgericht, seiner Rechtsprechung, damit sind wir bei den Hinrichtungen, bei den Haftbedingungen im Wehrmachtsgefängnis, in den Speziallagern und in den Gefängnissen der Besatzungsmacht, der Volkspolizei, der DDR-Justiz.

Wenn es um Zeitgeschichte geht, geht es um Gegenwart. Dann geht es um heutige Empörungsfähigkeit und -bereitschaft, etwa angesichts von Guantanamo, von Nawalny, angesichts des Elends, in dem sich die Karlspreisträgerin Maria Kolesnikowa befindet, auch angesichts der Freilassung des von Putin umarmten Tiergartenmörders.

Torgau verträgt keine Aufrechnungen, keine Abwertungen durch konstruierte Vergleiche. **Geschichte ungeteilt auszuhalten, das ist vielleicht die eigentliche Herausforderung des Ortes.** Denn Leiden ist nicht vergleichbar, ob es sich um Scheinerschießungen vor 1945, um Folter vor und nach 1945, um eine Politisierung des Rechts und der Rechtsprechung im NS-Staat, in der DDR oder in der Bundesrepublik handelt.

Hier liegt ein Kern des Konfliktes, der die Entstehung und Akzeptanz dieses Erinnerungsortes von Anfang an beschwert und behindert hat. Können wir uns im geschichtspolitischen Gegeneinander nicht sagen, dass es sich letztlich um Meinungen, also nur um Perspektiven handelt, die diskutiert werden müssen?

Das bedeutet nicht, dass Geschichte wie ein x-beliebiger Interessenkonflikt verhandelbar ist, dass sich widersprüchliche Perspektiven wie ein politischer Kompromiss auflösen oder aushandeln lassen, das enthebt nicht von der Pflicht zum Verstehen, zur Auseinandersetzung!

Wie auch immer wir auf die Geschichte blicken: Wir müssen Illusionen, Prämissen, eigene Wertbezüge kritisch reflektieren, nur dann kann Geschichtsdeutung diskursiv sein. Dies bedeutet, auch den möglichen Zugang zum Torgau-Komplex zu reflektieren:

- **Geschichte lässt sich vom Anfang her, ohne Kenntnis des Ausgangs, nur mit Blick auf die eigenen Absichten, Hoffnungen, Erwartungen deuten. Dann werden gute Absichten beschworen.**
- **Geschichte lässt sich vom Ende her deuten, in voller Kenntnis des Ausgangs der Geschichte, die einmal einen ungewissen Anfang hatte. Dann wird der Historiker zur Eule der Minerva, die sich in der Dämmerung auf den Weg macht und über die Tagesereignisse berichtet und so tut, als wisse sie alles.**
- **Geschichte lässt sich aus der Mitte deuten, also von Menschen, die situativ Augenblick für Augenblick sich entscheiden müssen, etwas und nach Möglichkeit das Richtige zu tun.**

Gedenkstätten bieten angesichts dieser Deutungsmöglichkeiten, die jedem frei stehen, einen besonderen Zugang zur diskursiv auszudeutenden Zeitgeschichte. Gedenkstätten sind keine

Orte, die der Durchsetzung eines Geschichtsbildes dienen. Sie laden zum **Nachdenken über Handeln und Verhalten von Menschen ein, die immer eine Wahl hatten, sich zu entscheiden.** Die Hoffnungen hegten und durch Zeitläufe herausgefordert waren. Täter und Opfer, Täter, der zum Opfer wurde, Opfer, das auch Täter wurde, sie erkannten ihre Handlungsspielräume nicht oder wussten sie zu nutzen, erkannten Irrtümer, überwandene Positionen, die sie einmal vertreten oder mit Mächtigen geteilt hatten. Manche waren der Selbstkorrektur durch Zeit- und Selbsterkenntnis fähig. **In Umkehrprozessen spiegelt sich Erkenntnisvorgang, eine Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit.** Es geht nicht um die Prüfung von richtig und falsch, gut oder schlecht, schwarz oder weiß, um Standpunkte also, sondern um Entwicklungen, Korrekturen, Einsichten. Wenn es Nachlebenden durch Gedenkstätten gelingt, das Verhalten von Opfern und Tätern moralisch und ethisch zu bewerten, leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur Zivilisierung des Zusammenlebens, zur Zivilität des Einzelnen.

Angesichts der Zivilisationsbrüche, auf die Gedenkstätten reagieren, liegt der Wunsch nahe: **„Es wäre schön, es wäre nicht gewesen.“ Es ist der Wunsch des Mephistopheles im „Faust“, also ein teuflischer Wunsch.** Geschichte war nicht nur, sie ist und verkörpert ein Potential, das jederzeit umschlagen kann und deshalb Selbstkritik und Wachsamkeit verlangt.

Vaclav Havel machte sich einmal Gedanken über das Spannungsverhältnis von Täter und Opfer. Er stellte sie nicht nur in ihren jeweiligen Lebens- und Leidensdimensionen gegenüber, sondern war der Meinung, dass der **Riss zwischen Täter und Opfer mitten durch den Menschen hindurch** ginge. Die Vorstellung von dem Menschen als Opfer und zugleich Täter: Vielleicht ebnet das den Weg zu einem pluralistischen, toleranten Verständnis der deutschen Zeitgeschichte, die geprägt ist durch gespaltenes Bewusstsein, durch widersprüchliche Motive, wechselnde Situationen. Als Widerstandshistoriker begegne ich immer wieder Menschen, die sich wandelten, die versagten, sich korrigierten, Positionen überwandene, nicht selten sogar die, die sie einmal mit ihren Peinigern geteilt hatten.

Gedenkstätten machen deutlich, was es bedeutet, dass jeder eine Wahl hatte, dass wir alle eine Wahl haben. Damit unterstreiche ich die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Geschichte aus der Mitte der Entwicklungen heraus.

Man betrügt sich, wenn nur vom Anfang gedacht wird. Man reflektiert nicht kritisch, wenn man lediglich vom Ende denkt. Denn ich kann über Voraussetzungen des Handelns nur gegenwartsbezogen nachdenken, wenn ich mich selbst nicht ausnehme. Dann unterlaufe ich Selbstentlastungen und Unschuldserklärungen wie die Formel von der Gnade der späten Geburt.

„Leben heißt schuldig werden“, schrieb Reinhold Schneider. Dann geht es um die historisch abgesicherte Selbsterkenntnis von eigenen Gefährdungen. **„Nichts von dem, was wir im anderen verachten, ist uns selbst ganz fremd“**, schrieb Dietrich Bonhoeffer am Jahresende 1942/43 seinen Gesinnungsfreunden. Was heißt das für uns: Die Nationalsozialisten haben Verbrechen begangen. Sie waren Menschen, so, wie Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht und des SED-Regimes Menschen unmenschlich, ohne Gespür für deren Not, ohne Empathie und Menschenwürde, misshandelt haben. Uwe Johnson hat dieses Dilemma in seinen Jahrestagen wie kaum ein anderer bewältigt. Menschen, das sind wir doch auch! Und bei unseren gegenwärtigen Auseinandersetzungen, die unsere Gesellschaft erregen und spalten sollen, hilft nur die Selbstbeobachtung, die Selbstkritik. Und so bewahrt mich Bonhoeffer vor manchen Fehlurteilen. Deshalb noch einmal: **„Nichts von dem, was wir anderen versachten, ist uns selbst ganz fremd“**,

Gedenkstätten sind Orte des Respekts, der Würdigung des Anderen, des Andersdenkenden, des Opfers von staatlicher und individueller, staatlich gerechtfertigter Willkür. Sie sind Orte der Auseinandersetzung mit menschlichen Möglichkeiten, mit uns selbst. Sie dürfen kein Kampfplatz werden, sondern müssen eine Herausforderung der Besucher sein, die sich auf Ort, Menschen, Ereignisse, Rahmenbedingungen einlassen.

Jeder von uns hat eine Wahl, jeden Tag stellt sich die von Hannah Arendt formulierte Frage, ob man es noch mit sich aushält. Vielleicht ist das die Botschaft, die Frage und die Herausforderung dieses neuen Erinnerungsortes von nationaler Bedeutung.

Beantworten werden diese Frage die Besucher. Zu denen gehören auch Sie!